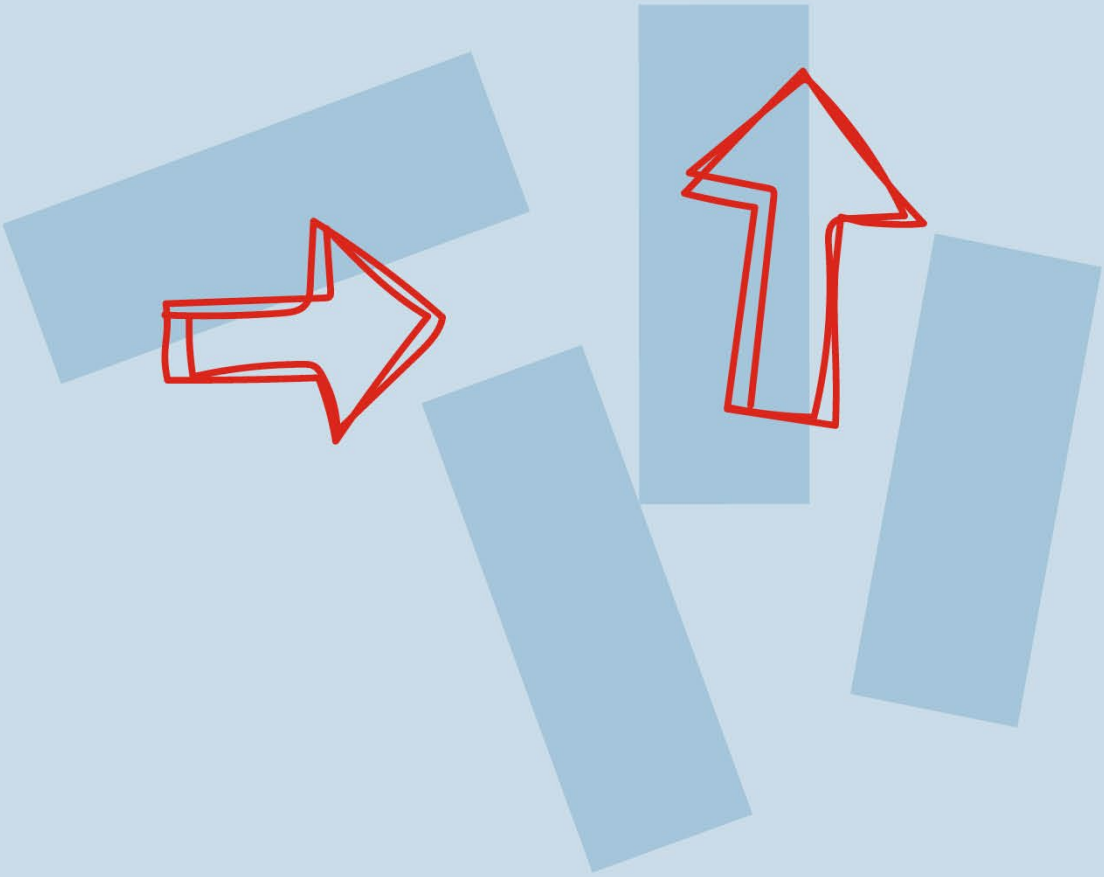
Travail.Suisse

Analyse zu den Lohnforderungen 2027

Lohnstagnation beenden – Kaufkraft stärken



August 2026

Travail.Suisse | Hopfenweg 21 | Postfach | 3001 Bern | 031 370 21 11 | info@travailsuisse.ch

Inhalt

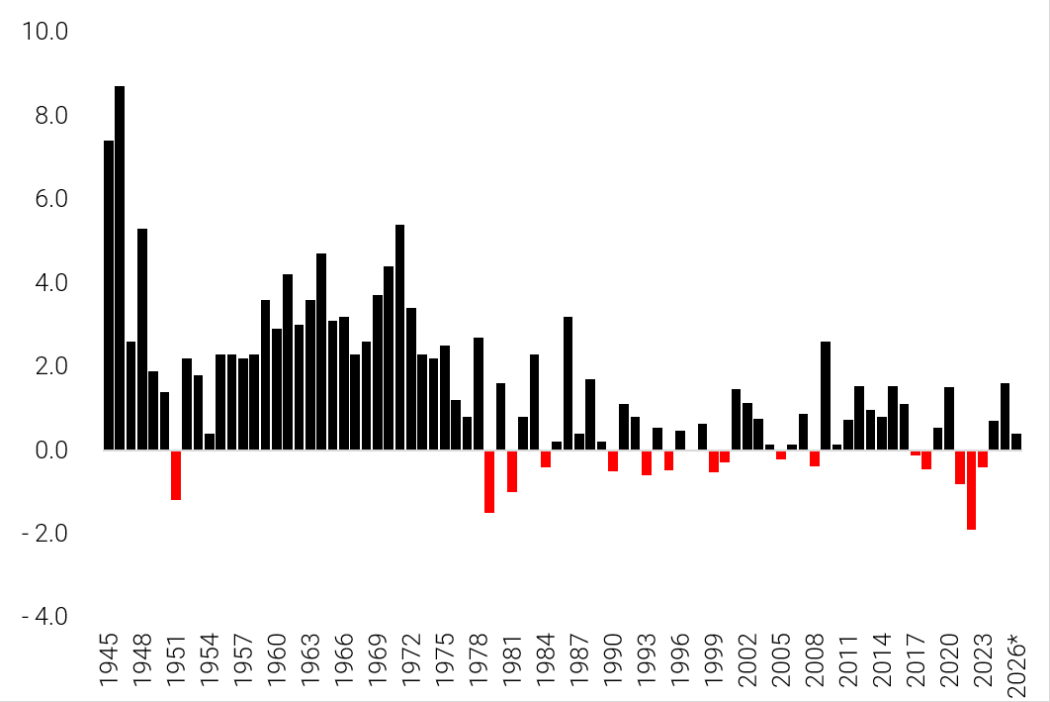
1. Reallöhne nach historischer Krise zurück auf Feld eins: Erholung, aber kein Aufschwung 2
2. Erneut steigende Preise durch Krieg und Klimawandel: Krankenkassenprämien und Mieten wachsen weiterhin stark 6
3. Die finanzielle Lage vieler Haushalte hat sich anhaltend verschlechtert: die Wirtschaft wird durch fehlende Kaufkraft gebremst 14
4. Der Kuchen wächst, aber nicht für normal verdienende Arbeitnehmende: die Unternehmen verdienen pro Stunde Arbeit immer mehr 20
5. Immer höhere Einkünfte aus Vermögen und Vermietung bei Haushalten mit den höchsten Einkommen: die Produktivitätsgewinne werden ungerecht verteilt 23
6. Ungleiche Lohnerhöhungen: Arbeitnehmende aus dem unteren Mittelstand kommen am schlechtesten weg 26
7. Anziehende Konjunktur: trotz Unsicherheit beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum rasch 29
8. Fazit: Jetzt braucht es einen Lohn-Aufschwung für alle Arbeitnehmenden 30

Autor:
Thomas Bauer, Dr.rer.pol
Leiter Wirtschaftspolitik
bauer@travailsuisse.ch

Reallöhne nach historischer Krise zurück auf Feld eins: Erholung, aber kein Aufschwung

Die Reallöhne sanken in den Jahren 2021-2023 in einem für die Nachkriegszeit beispiellosen Ausmass. In den Jahren 2024-2026 erholten sich die Reallöhne insgesamt deutlich.

Historische Reallohnentwicklung – Wachstum im Vergleich zum Vorjahr 1945-2026
Bundesamt für Statistik, 1945-2026

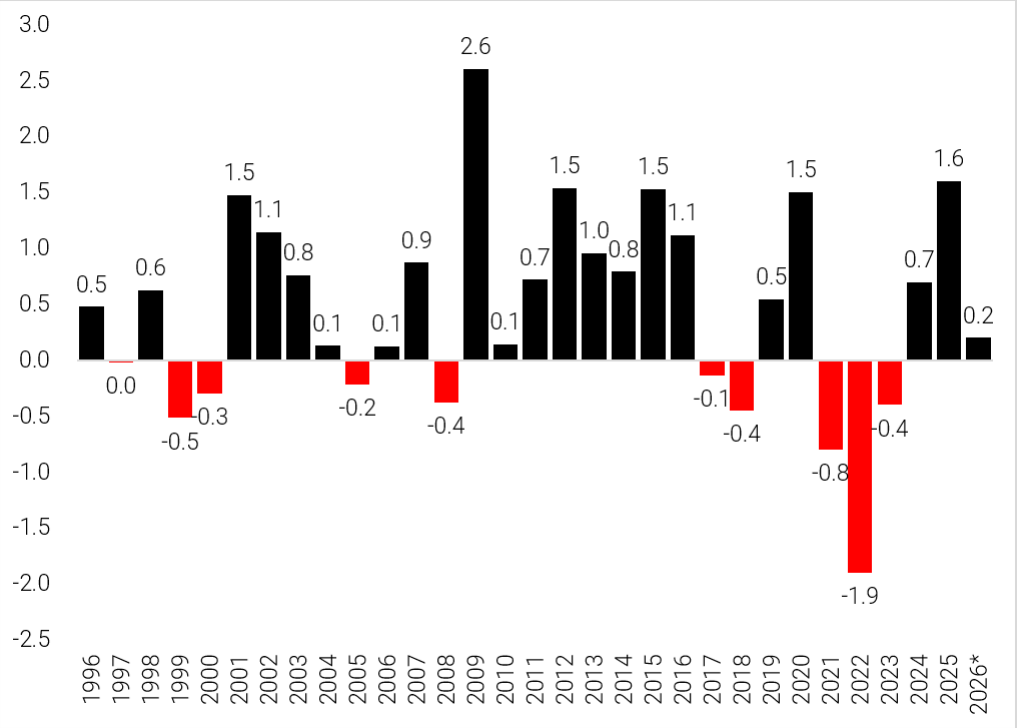


**Reallohn 2026: UBS Outlook Schweiz für 2026 (1%), Inflationsprognose Travail.Suisse (0.8%)*

Die Zuwächse in den Jahren 2024-2026 sind insgesamt aber tiefer als die Rückgänge in den Jahren 2021-2023.

Reallohnentwicklung 1996-2026

Bundesamt für Statistik, 1996-2026, Wachstum zum Vorjahr in %



**Reallohn 2026: UBS Outlook Schweiz für 2026 (1%), Inflationsprognose Travail.Suisse (0.8%)*

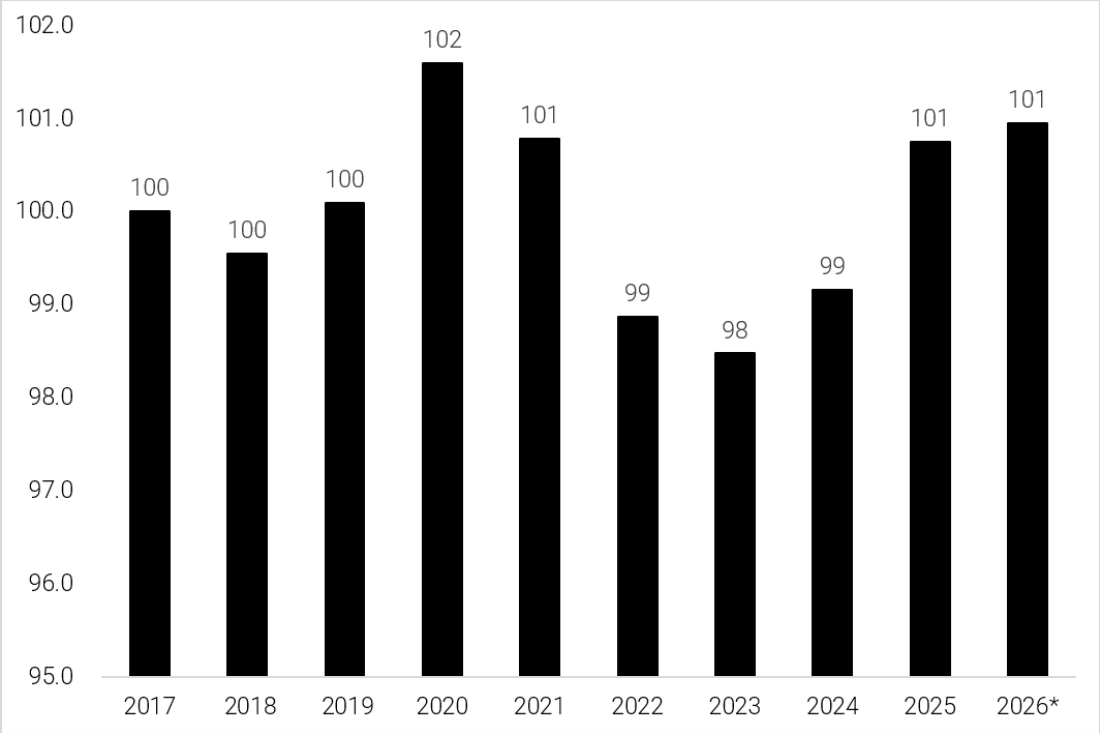
Erschwerte Inflationsprognose:
Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die Schweizerische Nationalbank rechneten im Juni 2026 mit einer Inflationsrate von 0,6 Prozent im Jahr 2026. Bei einer Befragung des KOF Instituts rechneten Unternehmen mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 1,2 Prozent in den kommenden 12 Monaten[1]. Neben den stark schwankenden und derzeit schwer prognostizierbaren Öl- und Treibstoffpreisen dürften aufgrund der starken Trockenheit auch in den Bereichen Nahrungsmittel, Verkehr oder Elektrizität die Preise unerwartet stärker ansteigen. Travail.Suisse rechnet deshalb in diesem und im kommenden Jahr mit einem Zuwachs der Konsumentenpreise von 0,8 Prozent.

[1] Detaillierte Ergebnisse KOF Konjunkturumfrage Juli 2026, Zürich 5. August 2026; URL: Konjunkturumfragen_detaillierte_Ergebnisse_Juli_2026.pdf

Dadurch liegen die Reallöhne 2026 immer noch leicht unterhalb des Niveaus von 2020, aber leicht höher als beispielsweise in den Jahren 2017-2019.

Reallohnentwicklung letzte zehn Jahre

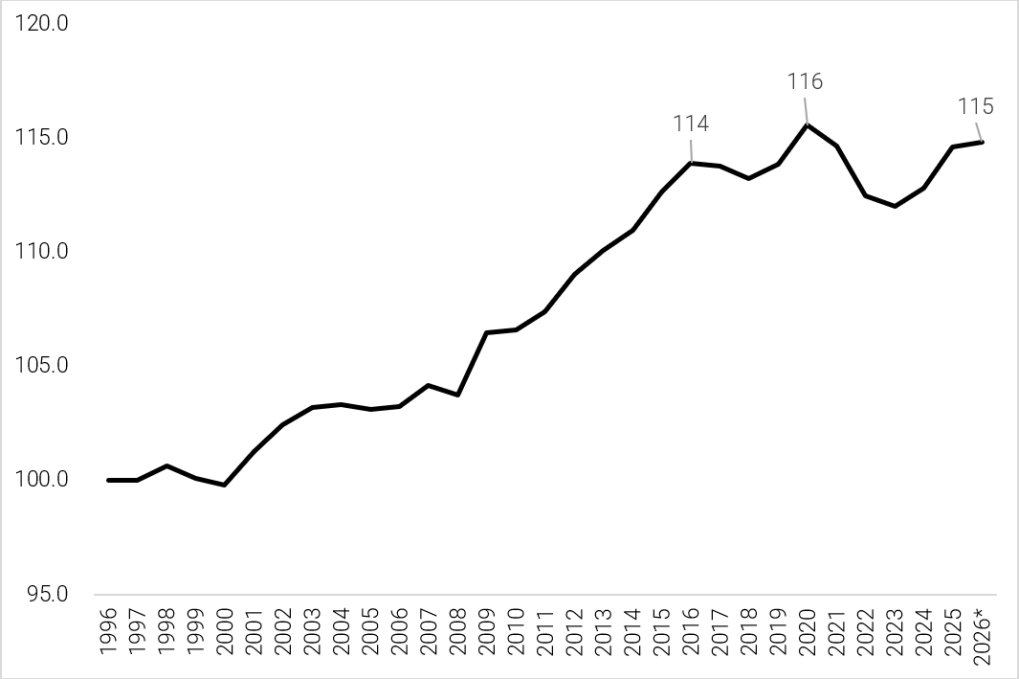
Bundesamt für Statistik, 2017-2026, Index (2017=100)



Ein langjähriger Vergleich der Reallohnentwicklung verdeutlicht die schwache Reallohnentwicklung in den letzten zehn Jahren.

Reallohnentwicklung 1996-2026

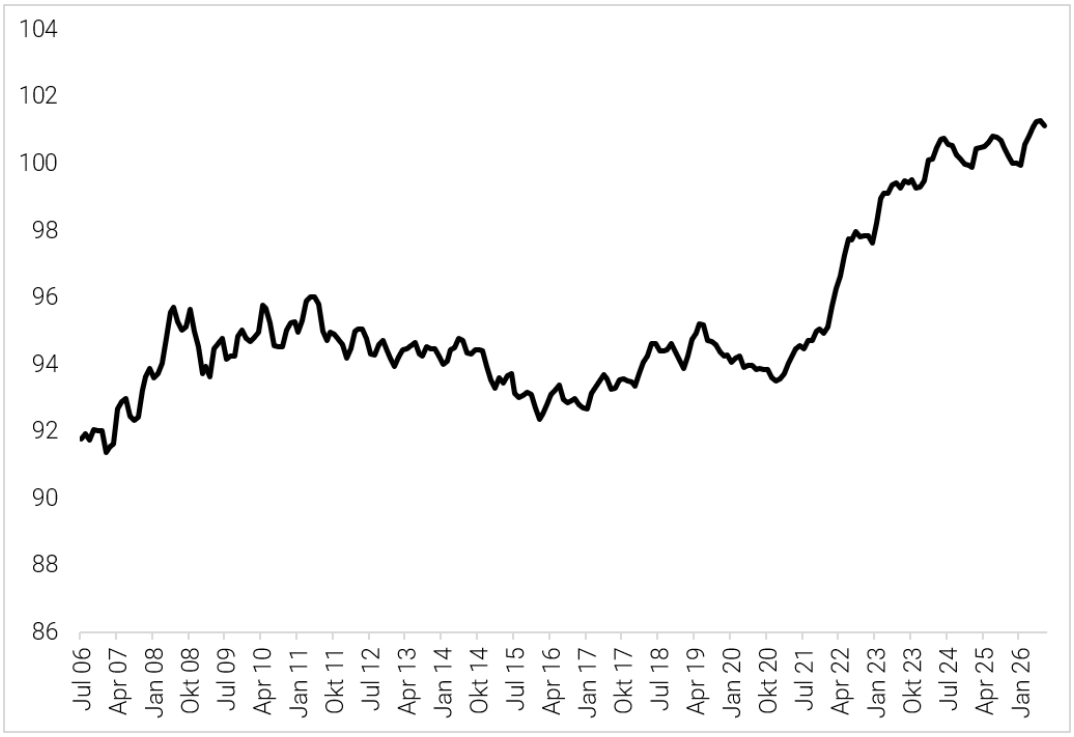
Bundesamt für Statistik, 1996-2026, Index (1996=100)



Erneut steigende Preise durch Krieg und Klimawandel: Krankenkassenprämien und Mieten wachsen weiterhin stark

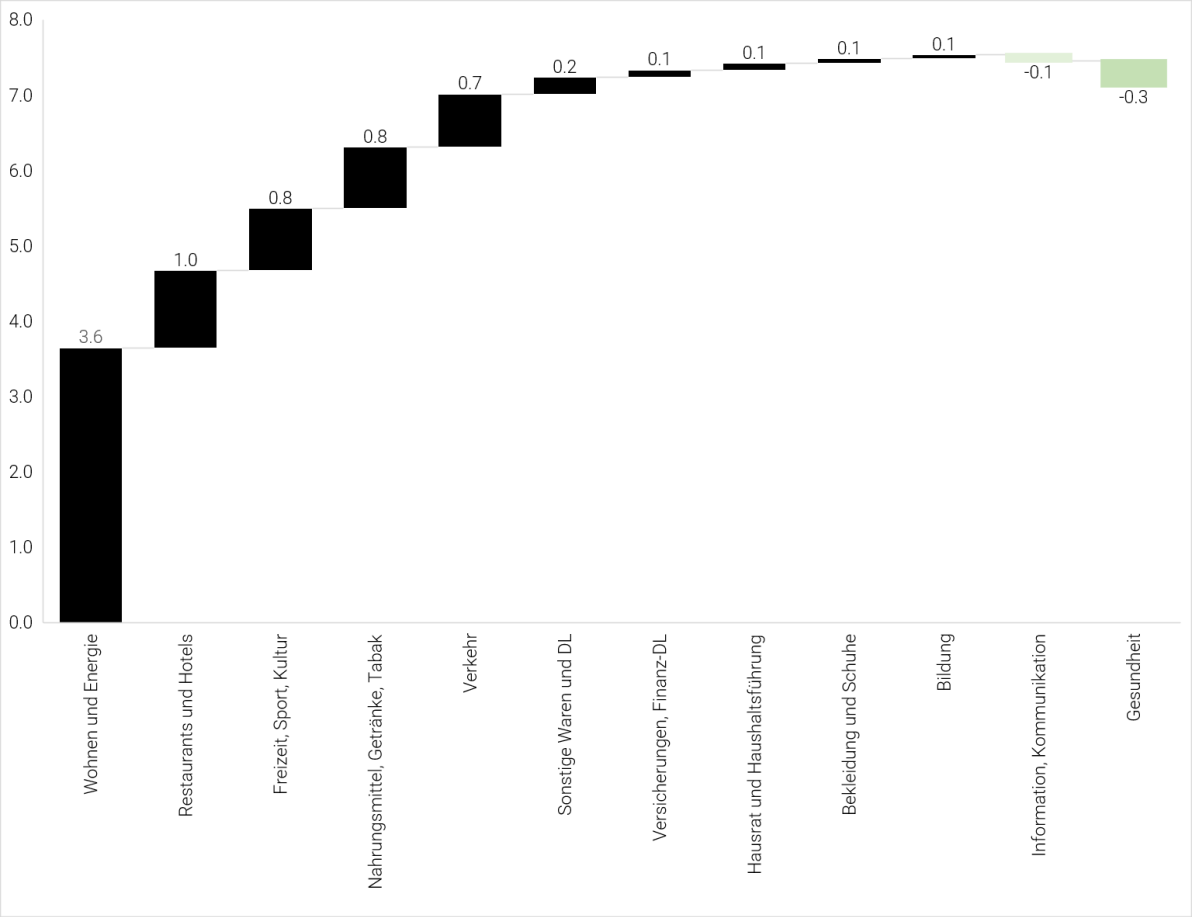
Die Konsumentenpreise sind seit dem Jahr 2022 kräftig und dauerhaft gestiegen. Trotz einem zwischenzeitlich starken Rückgang der Energiepreise sanken die Konsumentenpreise nicht, sondern verharren auf dem höheren Niveau.

Landesindex der Konsumentenpreise – Niveau
Bundesamt für Statistik (LIK), Juli 2006-Juli 2026, Index (Dezember 2025=100)



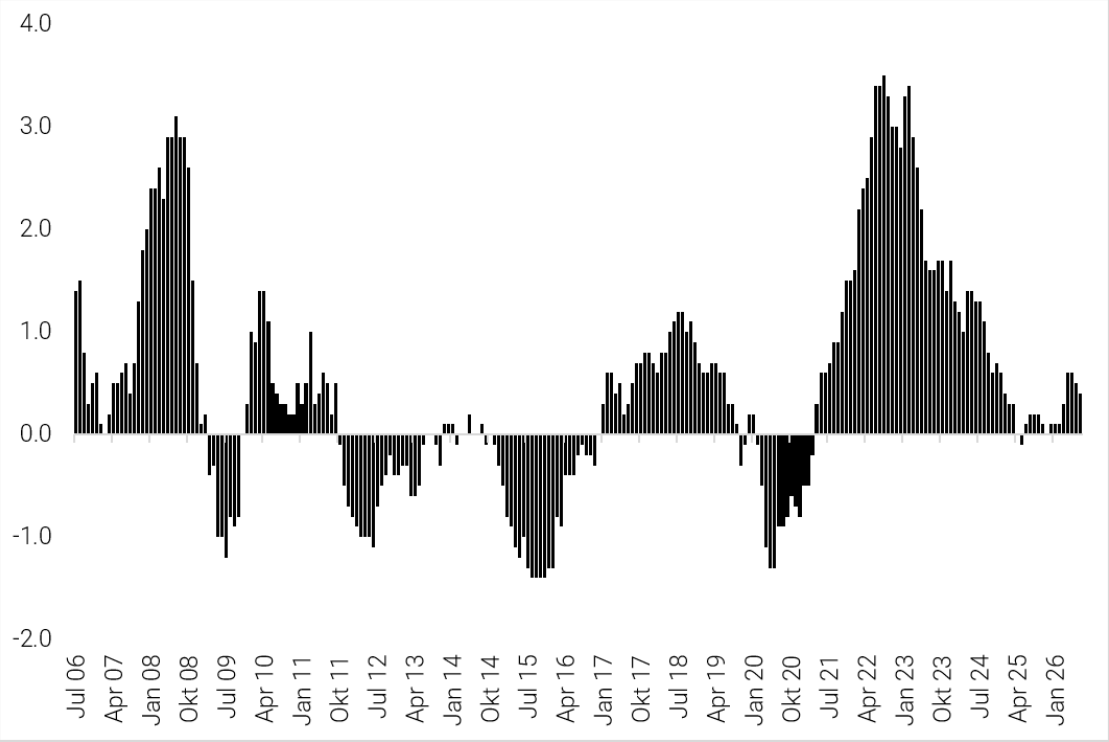
Für den Zeitraum zwischen Juli 2021 und Juli 2026 beträgt der Anstieg insgesamt 7,1 Prozent. Mehr als die Hälfte dieses Wachstums erklärt sich dabei durch steigende Mieten und Energiepreise (Elektrizität, Gas, Heizöl). Wichtige Ursachen für die höheren Preise sind zudem höhere Preise in Restaurants, im Bereich Freizeit und Sport, beim Verkehr (Autos, Benzin, Service, öffentlicher Verkehr, Luftverkehr) und bei den Nahrungsmitteln.

Landesindex der Konsumentenpreise – Wachstumsbeiträge zur Konsumententeuerung
Bundesamt für Statistik (LIK), Juli 2021-Juli 2026, Wachstumsbeiträge in %



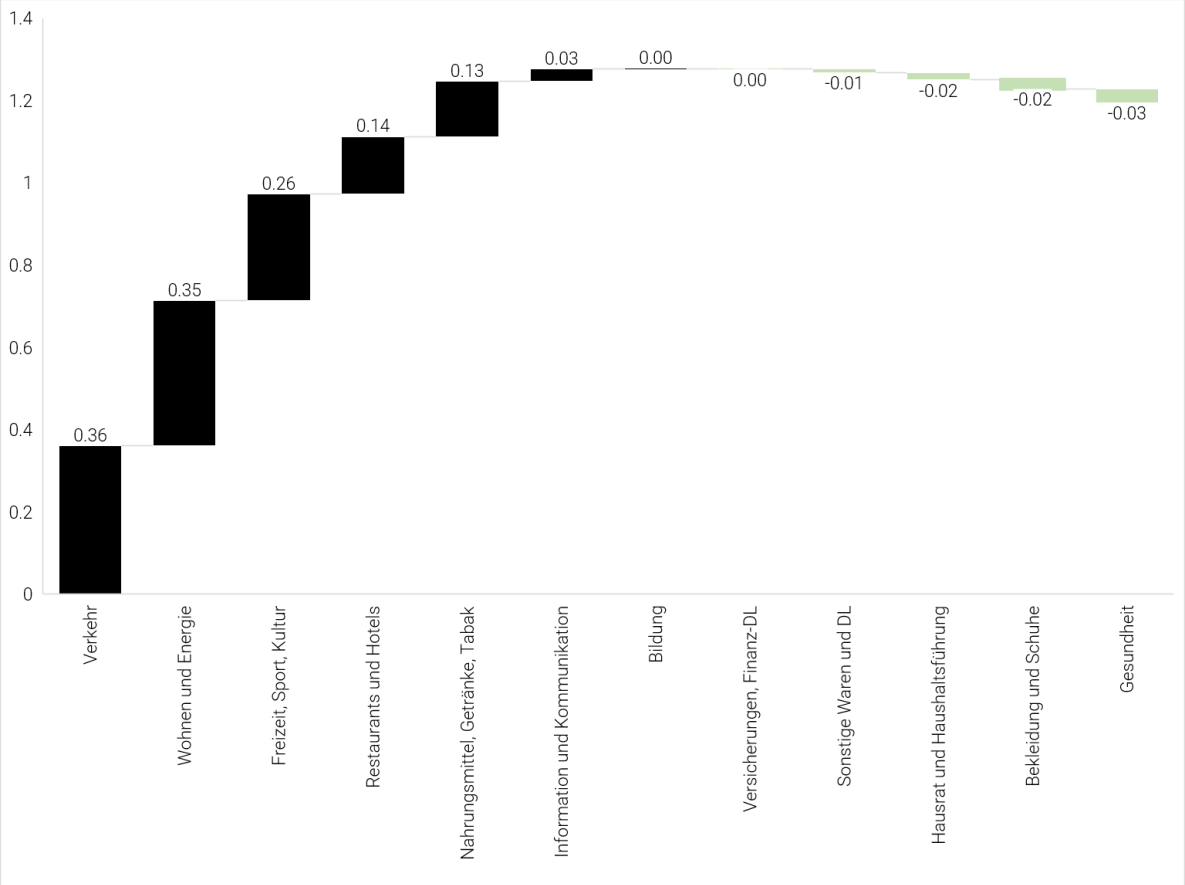
Die Teuerung schwächte sich im Jahr 2025 zwischenzeitlich zwar deutlich ab (+0,2%), seit dem Beginn des Irankrieges wachsen die Konsumentenpreise aber erneut.

Landesindex der Konsumentenpreise – Veränderung zum Vorjahresmonat
Bundesamt für Statistik (LIK), Juli 2006-Juli 2026, Veränderung in %



Zwischen Januar 2026 und Juli 2026 stiegen die Konsumentenpreise um 1,2%. Dies vor allem aufgrund höherer Treibstoff- und Energiepreise (Heizöl, Benzin, Diesel), höherer Mieten und höherer Nahrungsmittelpreise.

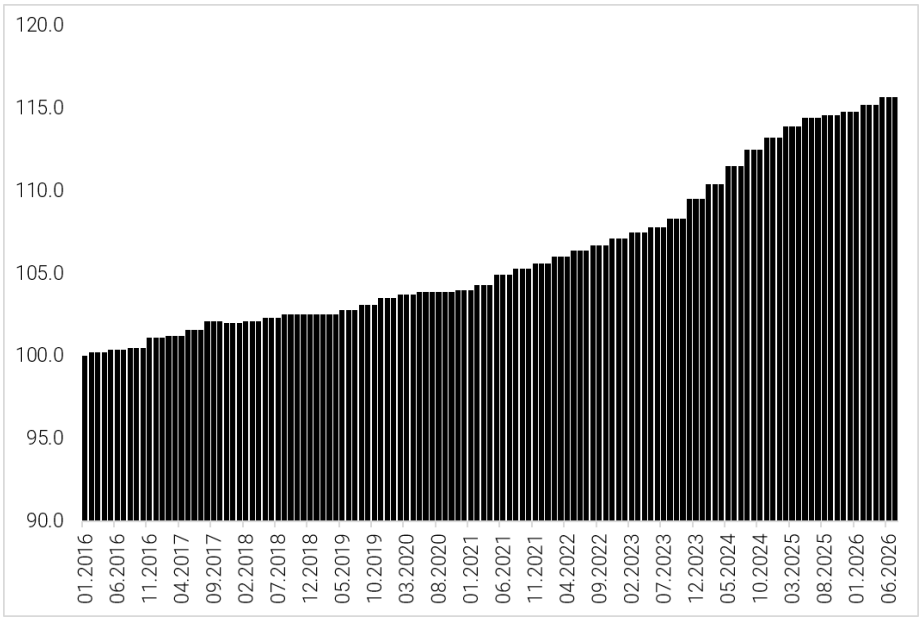
Landesindex der Konsumentenpreise – Wachstumsbeiträge zur Konsumententeuerung
Bundesamt für Statistik (LIK), Januar 2026-Juli 2026, Wachstumsbeiträge in %



Neben den Preisen für Erdöl und Treibstoffe stiegen somit insbesondere die Wohnungsmieten weiter markant an. Im Juni 2026 lag der Mietpreisindex um 1,1 Prozent höher als im Juni 2025. Der Mietpreisindex bezieht sich auf Mietpreise von bewohnten Wohnungen (Bestandesmieten).

Mietpreisindex

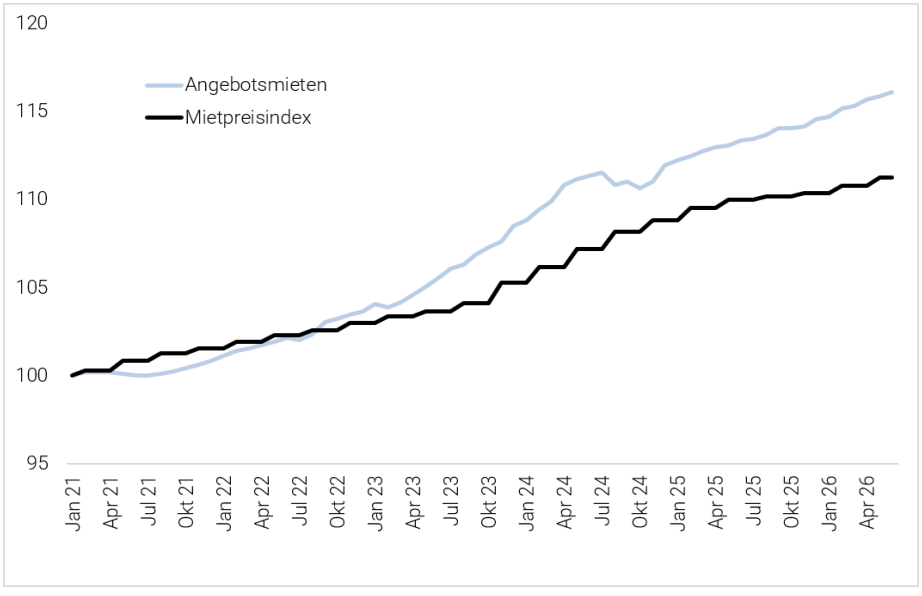
Bundesamt für Statistik, Januar 2016- Juli 2026, Januar 2016 = 100



Besonders stark gestiegen sind in den letzten vier Jahren aber die Angebotsmieten, also die Mieten von Wohnungen, die neu vermietet werden. Dementsprechend unterschätzt der Mietpreisindex und damit auch die Inflationsrate (LIK) die Teuerung bei den Mieten für Personen, die neu eine Wohnung suchen oder umziehen (müssen).

Mietpreisindex und Angebotsmieten

Bundesamt für Statistik (Mietpreisindex), Homegate (Angebotsmieten) Januar 2021- Juni 2026, Januar 2016 = 100

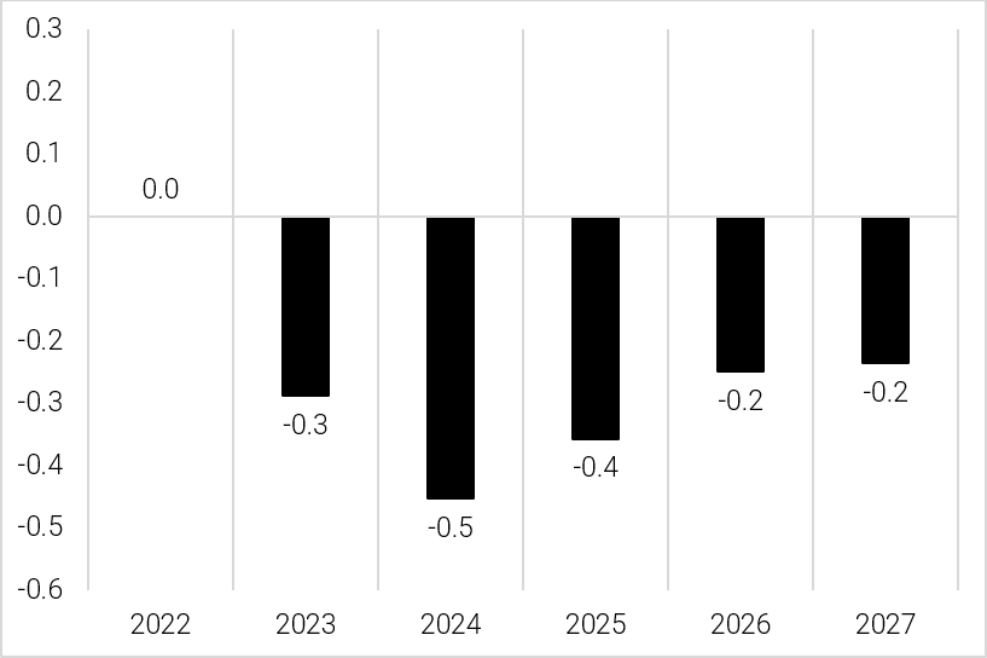


Neben den höheren Konsumentenpreisen führen vor allem die höheren Krankenkassenprämien zu höheren Lebenshaltungskosten. Sie werden nicht in den Konsumentenpreisen abgebildet.

In den Jahren 2023 bis 2025 stiegen die Krankenkassenprämien für die obligatorische Krankenversicherung im Durchschnitt zwischen 5,4 und 8,1 Prozent. Im Jahr 2026 stiegen die Prämien erneut deutlich um 4,1 Prozent für Erwachsene und um 4,9 Prozent für Kinder bis 18 Jahre. Für das Jahr 2027 prognostiziert der Vergleichsdienst Comparis einen erneuten deutlichen Anstieg der Krankenkassenprämien um 3,7 Prozent.

Bei einem mittleren Einkommen (Median) führt die starke Erhöhung der Krankenkassenprämien zwischen 2023 und 2026 für eine erwachsene Einzelperson zu einer jährlichen Einkommensreduktion zwischen 0,2 und 0,5 Prozent. Im Jahr 2027 dürfte mit der prognostizierten Erhöhung der Krankenkassenprämie erneut eine Einkommensreduktion um 0,2 Prozent resultieren. Dies entspricht bei einem mittleren Lohn einer Einkommensreduktion allein durch die höheren Krankenkassenprämien von 1,6 Prozent in den Jahren 2022-2026 oder etwa 1’400 Franken höheren jährlichen Kosten.

Krankenkassenprämie: Reduktion eines mittleren Einkommens einer erwachsenen Person durch eine durchschnittliche Erhöhung der obligatorischen Krankenkassenprämie
Bundesamt für Gesundheit (mittlere Prämie für Erwachsene), Bundesamt für Statistik (LSE, Lohnindex), eigene Berechnungen, Veränderung in %



**Für das Jahr 2027 wird die Prognose von Comparis verwendet (=3.7%)*

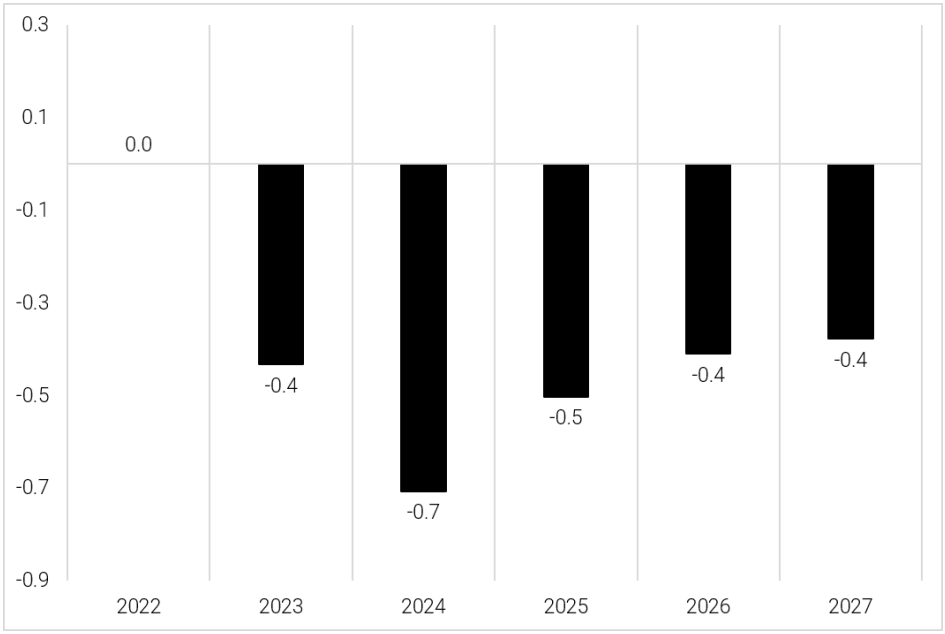
Werden neben den höheren Krankenkassenprämien zusätzlich die höheren Konsumentenpreise (Inflation) und die bereits gewährten durchschnittlichen Lohnerhöhungen gemäss dem Lohnindex des Bundesamts für Statistik berücksichtigt, dann ergibt sich für das Jahr 2027 eine Kaufkraftlücke zwischen 2.2 und 3 Prozent.

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2022-2027	2021-2027
Krankenkassenprämien	0.00	0.00	-0.29	-0.45	-0.36	-0.25	-0.24	-1.6	-1.6
Inflation	-0.6	-2.8	-2.1	-1.1	-0.2	-0.8	-0.8	-7.8	-8.4
Lohnerhöhungen	-0.2	0.9	1.7	1.8	1.8	1		7.2	7.0
Summe	-0.80	-1.90	-0.69	0.25	1.24	-0.05	-1.04	-2.2	-3.0

Stärker wirkt sich der Prämienanstieg bei Familien aus. Bei Annahme eines mittleren Familieneinkommens von 10'738 Franken[2] im Jahr 2022 führen die Erhöhung der Krankenkassenprämie beider Elternteile, sowie die etwas tieferen Zunahme der Krankenkassenprämien bei Kindern in den Jahren 2023-2027 zu einer jährlichen Einkommensreduktion zwischen 0,4 und 0,7 Prozent. Summiert entspricht dies einer Einkommensreduktion von 2,4 Prozent oder 3'300 Franken pro Jahr allein durch die höheren Krankenkassenprämien.

Krankenkassenprämie: Reduktion eines mittleren Familieneinkommens einer Familie mit zwei Kindern durch eine durchschnittliche Erhöhung der obligatorischen Krankenkassenprämien

Bundesamt für Gesundheit (mittlere Prämie für Erwachsene), Bundesamt für Statistik (LSE, Lohnindex), eigene Berechnungen, Veränderung in %



**Für das Jahr 2027 wird sowohl für Erwachsene wie auch für Kinder die Prognose von Comparis verwendet (=3.7%)*

[2] Die Haushaltsbudgeterhebung des Bundesamts für Statistik berechnet für Paare mit zwei Kindern ein mittleres Erwerbseinkommen von 12'600 Franken pro Monat für die Jahre 2020/2021. Travail.Suisse verwendet als Näherungswert das 1,6-fache des mittleren Einkommens einer vollzeiterwerbstätigen Einzelperson von 11'431 Franken im Jahr 2026.

Unter Berücksichtigung der Einkommensreduktion durch die Krankenkassenprämien, die höheren Konsumentenpreise (Inflation) und die bereits gewährten durchschnittlichen Lohnerhöhungen gemäss dem Lohnindex des Bundesamts für Statistik, ergibt sich für Familien für das Jahr 2027 eine Kaufkraftlücke von 3,0 bis 3,8 Prozent je nach berücksichtigtem Zeitraum.

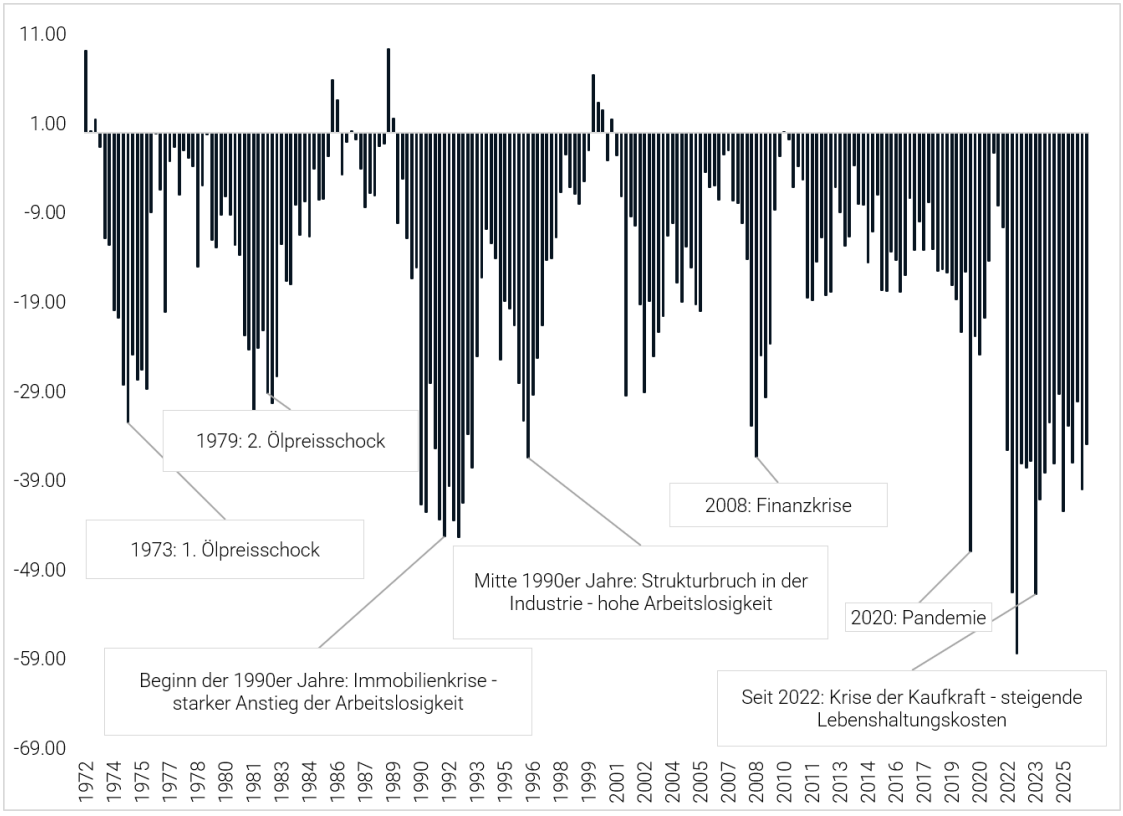
	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2022-2027	2021-2027
Krankenkassenprämien	0	0	-0.4	-0.7	-0.5	-0.4	-0.4	-2.4	-2.4
Inflation	-0.6	-2.8	-2.1	-1.1	-0.2	-0.8	-0.8	-7.8	-8.4
Lohnerhöhungen	-0.2	0.9	1.7	1.8	1.8	1		7.2	7
Summe	-0.8	-1.9	-0.8	0	1	-0.2	-1.2	-3.0	-3.8

Die finanzielle Lage vieler Haushalte hat sich anhaltend verschlechtert: die Wirtschaft wird durch fehlende Kaufkraft gebremst

Der temporäre Rückgang der Reallöhne und die gleichzeitig stark steigenden Lebenshaltungskosten haben zu einer stark verschlechterten Konsumentenstimmung geführt. Diese hat sich mit der Erholung der Reallöhne zwar leicht erholt, bleibt aber schlecht.

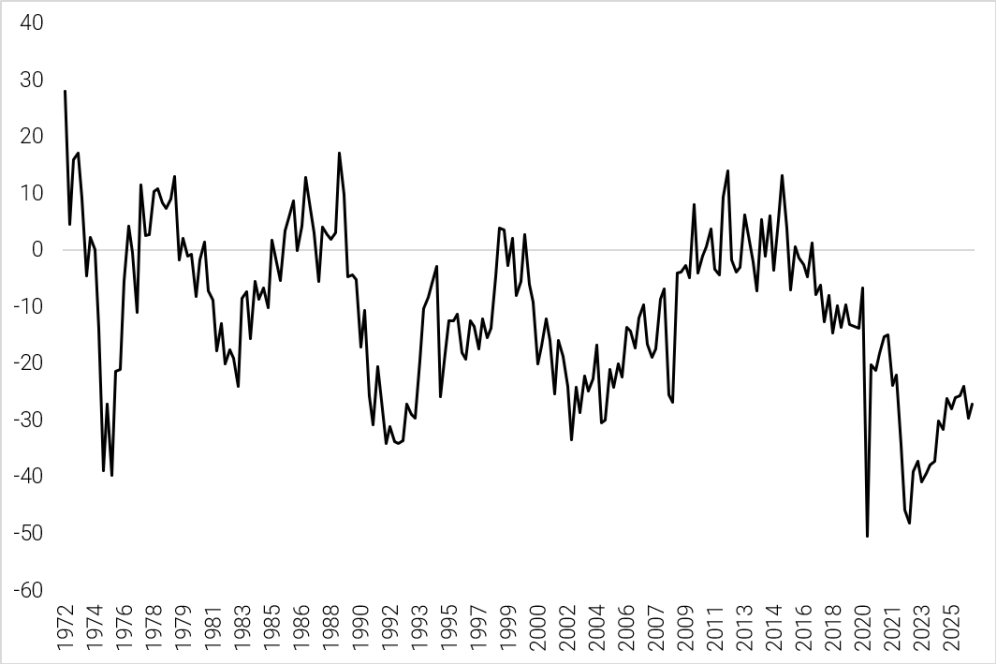
Konsumentenstimmung

Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 4.Quartal 1972-3.Quartal 2026



Als Folge davon erachten die Konsumentinnen und Konsumenten den Zeitpunkt für grössere Anschaffungen nicht als gut. Die Wirtschaft wird folglich durch die schwache Lohnentwicklung gebremst.

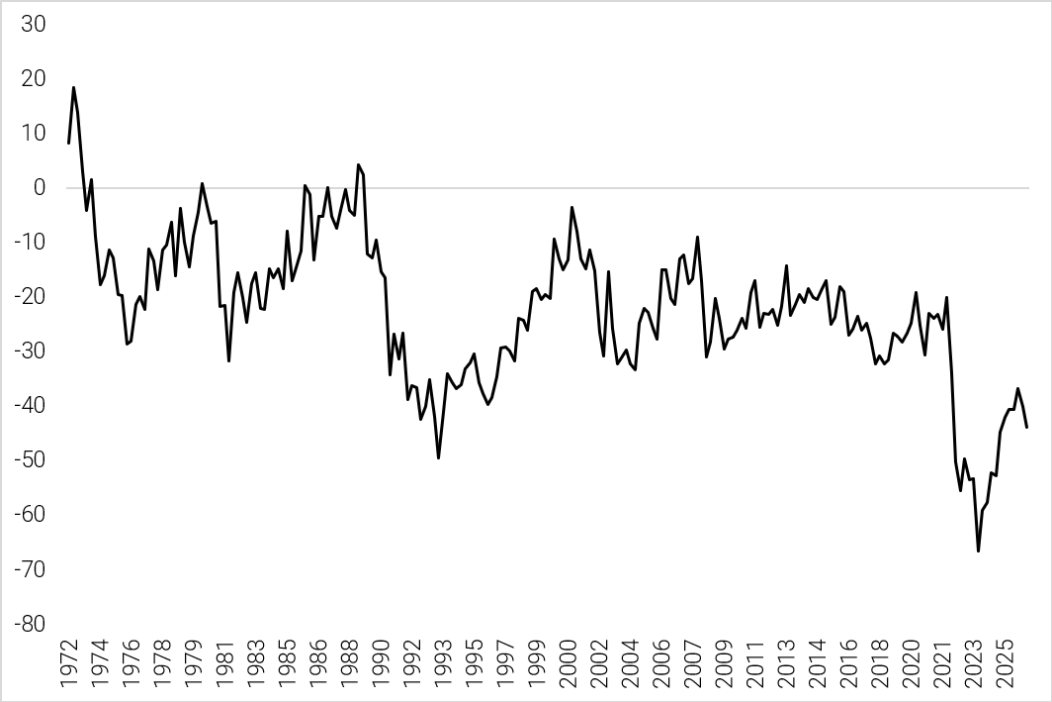
Konsumentenstimmung – Zeitpunkt für grössere Anschaffungen
Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 4.Quartal 1972-3.Quartal 2026



Den Befragten wird im Rahmen der Erhebung zur Konsumentenstimmung folgende Frage gestellt: Glauben Sie, dass es jetzt ein guter Zeitpunkt ist, grössere Anschaffungen zu tätigen (z. B. grössere Haushaltgeräte, Möbel usw.)?

Aufgrund der Erholung der Reallöhne hat sich zwar die finanzielle Lage der Haushalte etwas verbessert. Sie bleibt aber durch die deutlich stärker gestiegenen Lebenshaltungskosten anhaltend negativ.

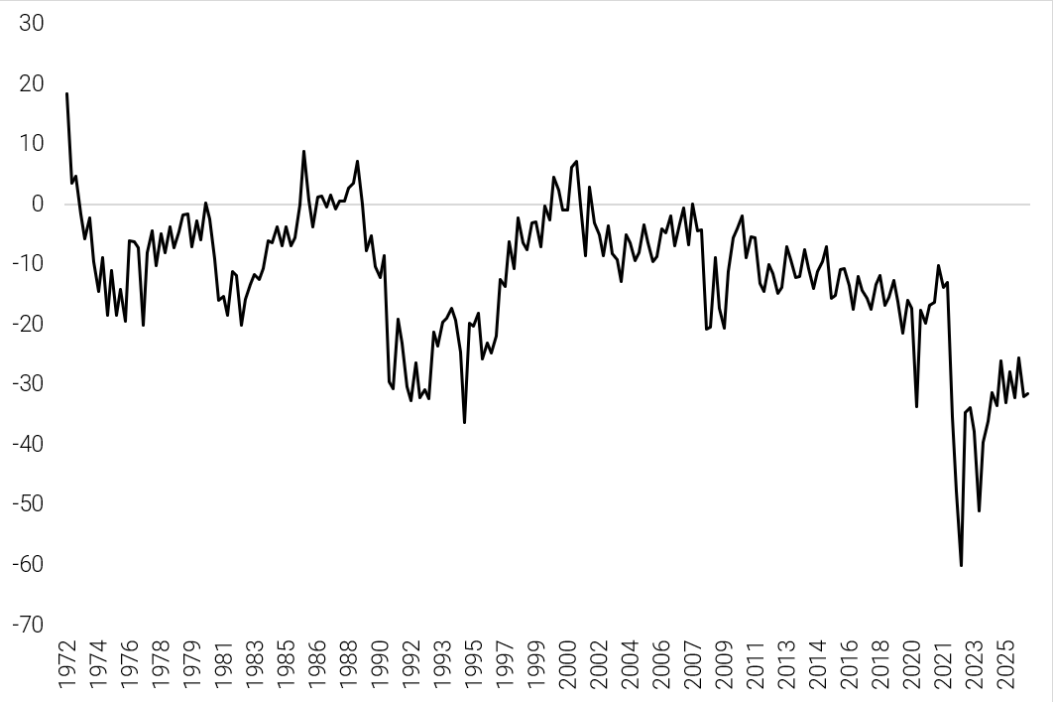
Konsumentenstimmung – vergangene finanzielle Lage
Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 4.Quartal 1972-3.Quartal 2026



Den Befragten wird im Rahmen der Erhebung zur Konsumentenstimmung folgende Frage gestellt: Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushalts in den letzten zwölf Monaten entwickelt?

Die Konsumentinnen und Konsumenten erwarten in den kommenden zwölf Monaten keine wesentliche Verbesserung ihrer finanziellen Lage. Der Indikator verharrt auf einem im langfristigen Vergleich sehr tiefen Niveau.

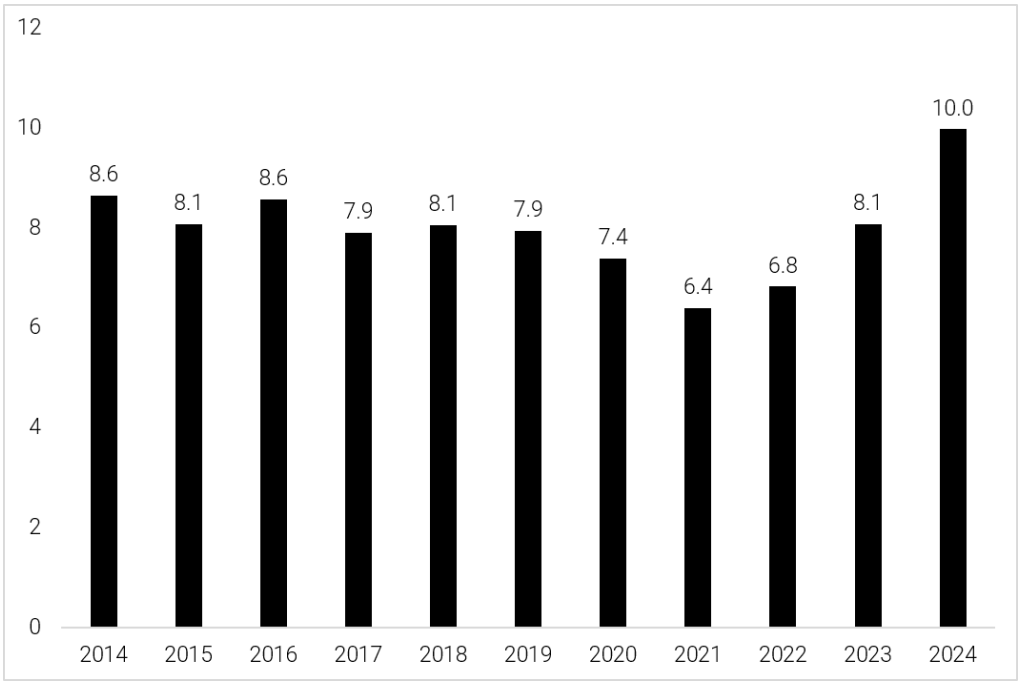
Konsumentenstimmung – erwartete finanzielle Lage
Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), 4.Quartal 1972-3.Quartal 2026



Den Befragten wird im Rahmen der Erhebung zur Konsumentenstimmung folgende Frage gestellt: Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushalts in den kommenden zwölf Monaten entwickeln?

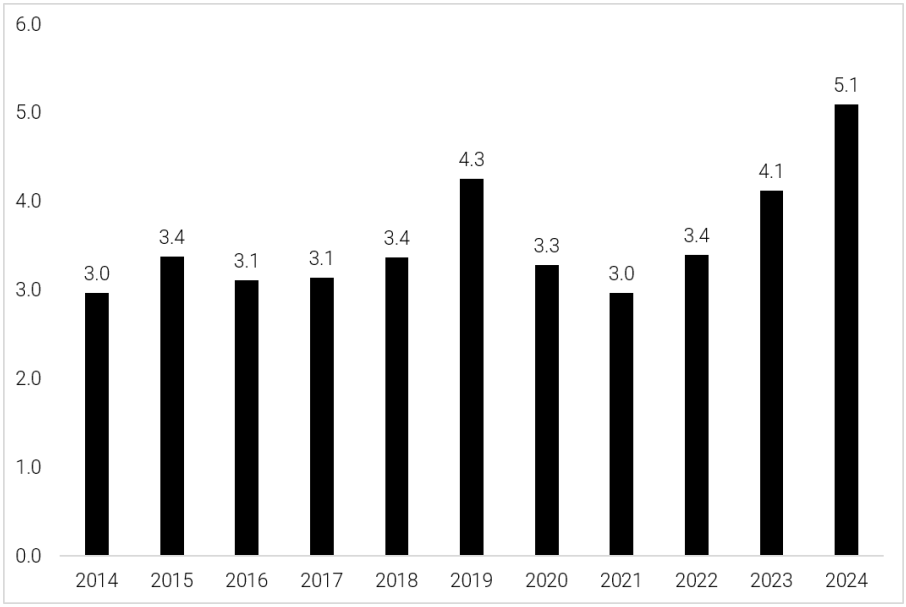
Mit der Schwächung der Kaufkraft verzeichneten immer mehr Arbeitnehmende finanzielle Probleme, so etwa bei der Begleichung von laufenden Rechnungen. Der Anteil der Arbeitnehmenden mit mindestens einer Art von Zahlungsrückstand stieg als Folge von 6.4 Prozent im Jahr 2021 auf 10 Prozent im Jahr 2024.

Anteil an Erwerbstätigen mit mindestens einer Art von Zahlungsrückstand (Miete, Kredit, laufende Rechnungen)
Bundesamt für Statistik, Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC), Anteil in %

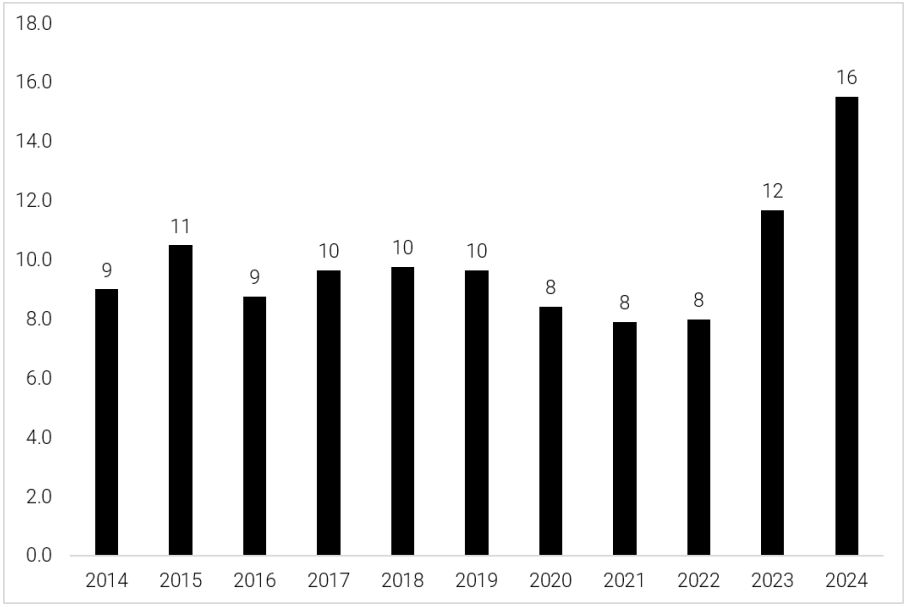


Die deutlich höheren Lebenshaltungskosten führten unter anderem bei Familien zu Einschränkungen. So erhöhte sich der Anteil an Personen, denen die finanziellen Ressourcen fehlen, um mindestens einmal im Monat Freunde oder Familie zum Essen oder Trinken zu treffen und es verdoppelte sich der Anteil an Familien, welchen die finanziellen Ressourcen für eine regelmässige kostenpflichtige Freizeitbeschäftigung fehlen.

Anteil an Personen an der Gesamtbevölkerung mit fehlenden finanziellen Ressourcen, um mindestens einmal im Monat Freunde oder Familie zum Trinken oder Essen zu treffen
Bundesamt für Statistik, Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC), Anteil in %



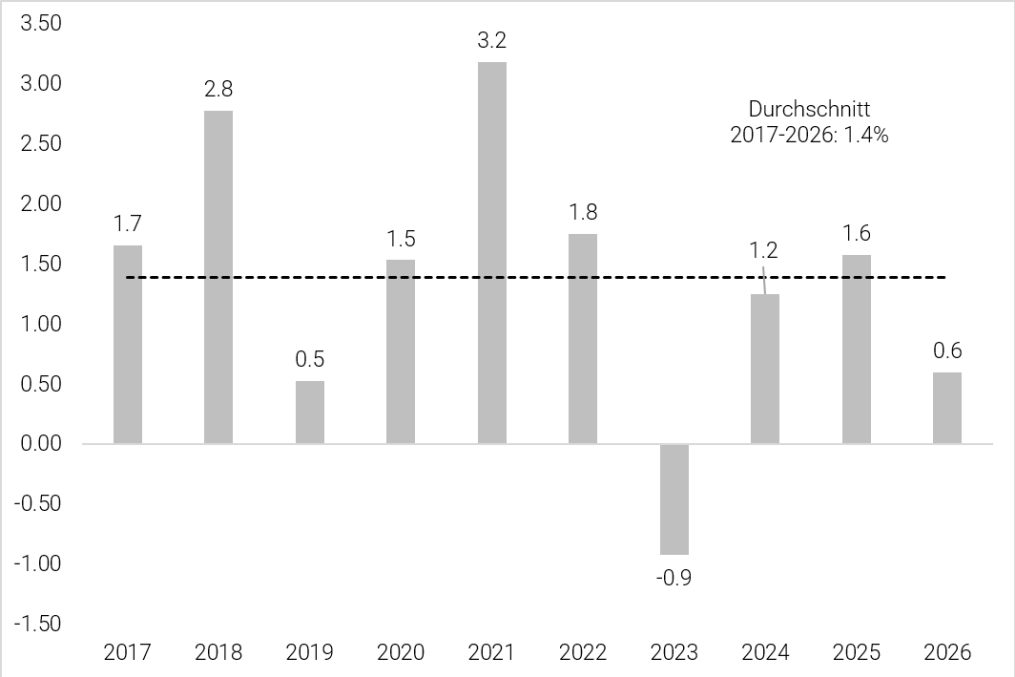
Anteil an Paaren mit Kindern mit fehlenden finanziellen Ressourcen für eine regelmässige kostenpflichtige Freizeitbeschäftigung
Bundesamt für Statistik, Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC), Anteil in %



Der Kuchen wächst, aber nicht für normal verdienende Arbeitnehmende: die Unternehmen verdienen pro Stunde Arbeit immer mehr

Die Unternehmen in der Schweiz haben in den letzten zehn Jahren pro Arbeitsstunde stetig mehr verdient. Dies entspricht einer Zunahme der Produktivität. Im Durchschnitt stieg die Produktivität in den letzten zehn Jahren um 1,4 Prozent. Das Produktivitätswachstum hat sich dadurch verglichen etwa mit den Jahren nach der Finanzkrise (2010-2016) deutlich erhöht.

Wachstum der Produktivität 2017-2026
Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), Wachstum in %



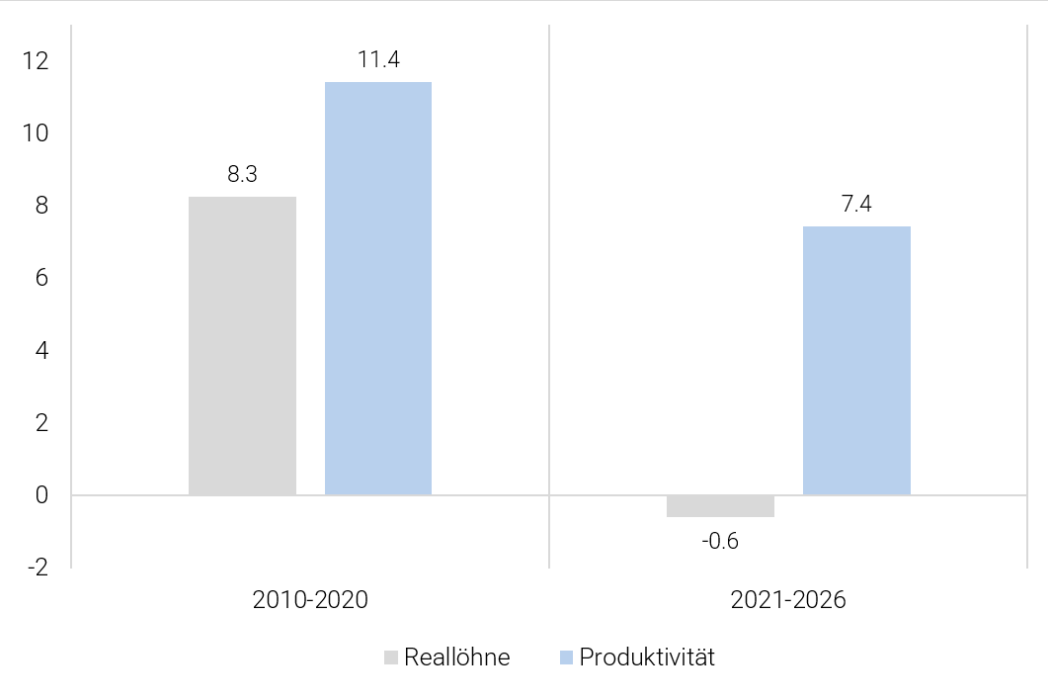
** Für das Jahr 2026 wird die sehr zurückhaltende Prognose des KOF Instituts zum erwarteten Wachstum der Arbeitsproduktivität pro Stunde verwendet.*[3]

Damit unterscheidet sich die Produktivitätsentwicklung der Schweiz auch von den Entwicklungen beispielsweise in Deutschland oder Frankreich, wo sich die Reallöhne ebenfalls schwach entwickelten, aber eben auch die Produktivität gesunken ist.[4]

[3] KOF Institut (2026): «KOF Konjunkturbericht: - Erdölpreisschock bremst Schweizer Wirtschaft", Zürich Sommer 2026.
[4] OECD Data Explorer, URL: https://data-explorer.oecd.org/vis?tm=productivity&pg=0&snb=602&vw=tb&df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_PDB%40DF_PDB&df[ag]=OECD.SDD.TPS&df[vs]=2.0&dq=.A.GVAHRS._T.XDC_H..N..&lom=LASTNPERIODS&lo=5&to[TIME_PERIOD]=false oder Eurostat Data Browser, URL: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nama_10_lp_ulc/default/table?lang=en
oder auch hier: https://www.relevante-oekonomik.com/2026/07/28/realloehne-in-deutschland-und-frankreich-abgehaengt-oder-angehaengt/

In den Jahren 2010-2020 haben sich die Reallöhne ähnlich wie die Produktivität entwickelt. In den Jahren 2021-2026 ist dies allerdings keineswegs mehr der Fall. Während die Reallöhne in diesem Zeitraum leicht gesunken sind, ist die Produktivität um 7,4 Prozent gestiegen. Mit der Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung[5] hat sich somit die Lücke zwischen Produktivität und Reallöhnen noch deutlich vergrössert.

Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne 2010-2020 und 2021-2026
Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), Reallöhne (BfS), 2010-2026, Veränderung in %

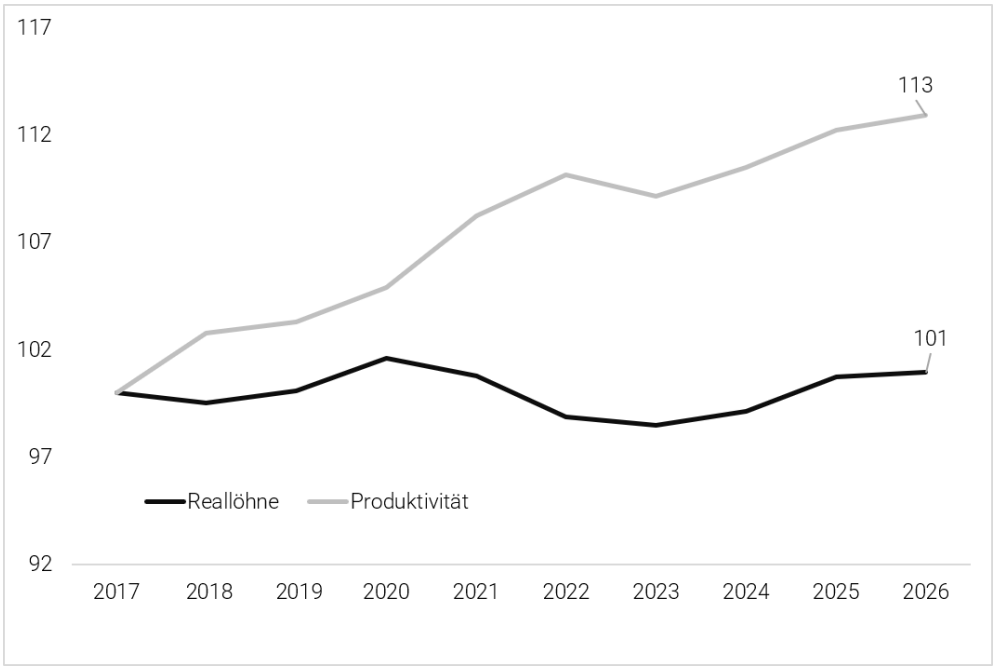


Reallohn 2026: UBS Outlook Schweiz für 2026 (1% Nominallohn), Inflationsprognose (0.8%); Produktivität 2026: Prognose des KOF Instituts[6]

[5] siehe Medienmitteilung des Bundesamts für Statistik (2025): «Das BIP der Schweiz ist 2024 deutlich gewachsen», https://www.bfs.admin.ch/bfs/rm/home/statisticas/economia-publica.assetdetail.36147491.html
[6] KOF Institut (2026): «KOF Konjunkturbericht: Erdölpreisschock bremst Schweizer Wirtschaft», Zürich Sommer 2026.

Unabhängig vom Betrachtungszeitraum haben sich die Reallöhne und die Produktivität auseinanderentwickelt. Die Produktivität, die Einnahmen pro Arbeitsstunde, hat sich stark erhöht, während die Löhne weitgehend stagnieren.

Entwicklung der Produktivität und der Reallöhne 2017-2026
Reale Wertschöpfung (Seco) im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsvolumen (BfS, AVOL), 2010-2026, Index (2017=100)



Reallohn 2026: UBS Outlook Schweiz für 2026 (1% Nominallohn), Inflationsprognose (0,8%); Produktivität 2026: Prognose des KOF Instituts[7]

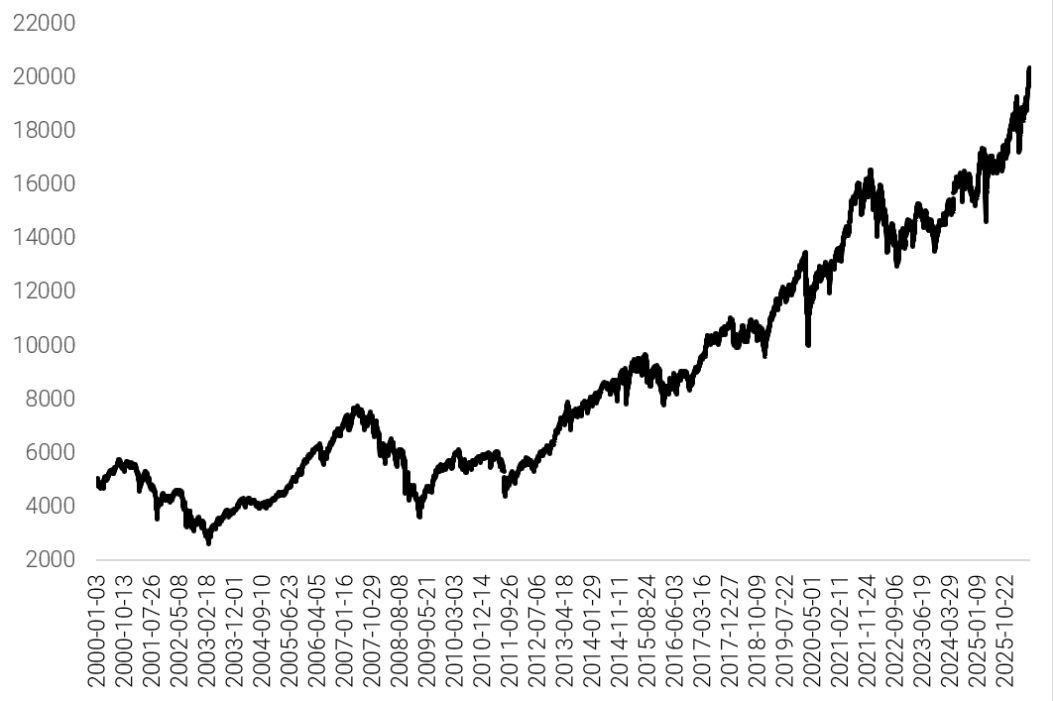
[7] KOF Institut (2026): «KOF Konjunkturbericht: Erdölpreisschock bremst Schweizer Wirtschaft», Zürich Sommer 2026.

Immer höhere Einkünfte aus Vermögen und Vermietung bei Haushalten mit den höchsten Einkommen: die Produktivitätsgewinne werden ungerecht verteilt

Die Produktivitätsgewinne kommen somit immer weniger bei den Arbeitnehmenden an. Sie führen stattdessen zu einem hohen Einkommenszuwachs bei Personen, die ihre Vermögen in Aktien oder Immobilien anlegen. Diese Entwicklung zeigt sich etwa beim wichtigsten schweizerischen Aktienindex, dem Swiss Performance Index (SPI). Er umfasst praktisch alle an der Schweizer Börse (Six Swiss Exchange) gehandelten Aktien von Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz oder im Fürstentum Liechtenstein. Er ist in den letzten 15 Jahren praktisch stetig angestiegen. Die deutlich steigenden Unternehmenswerte müssen zumindest zu einem Teil durch steigende Erträge aus Aktien begründet sein.

Swiss Performance Index (SPI) – Januar 2000-Juli 2026

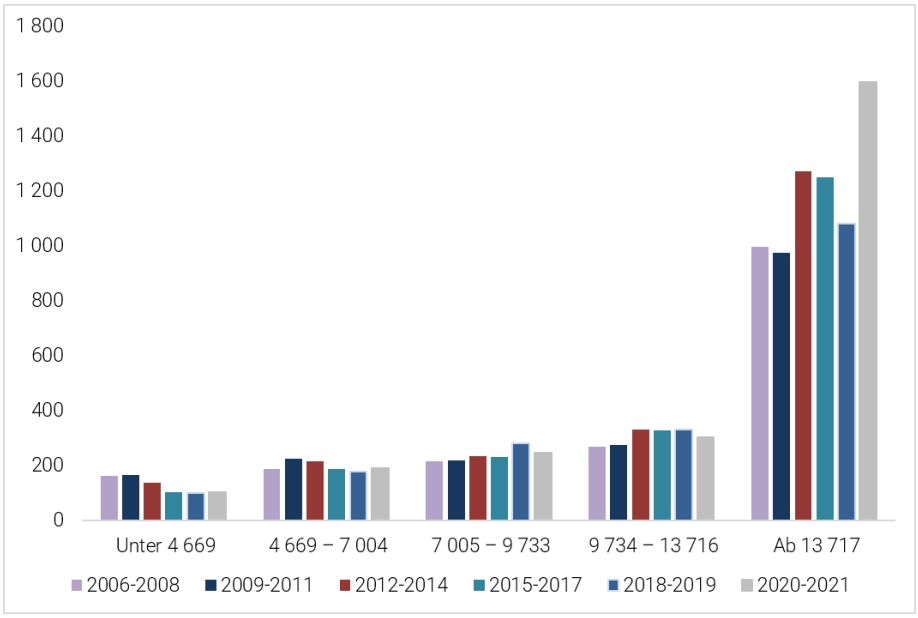
Schweizerische Nationalbank, Gesamtindex, Index



Sichtbar wird die Entwicklung auch bei den Einkommen aus Vermögen und Vermietungen, wie sie die schweizerische Haushaltsbudgeterhebung zeigt. Haushalte mit bereits hohen Einkommen verdienen einen wachsenden Anteil ihres Einkommens nicht durch Arbeit, sondern durch Aktien, Immobilien oder sonstige Vermögenswerte.

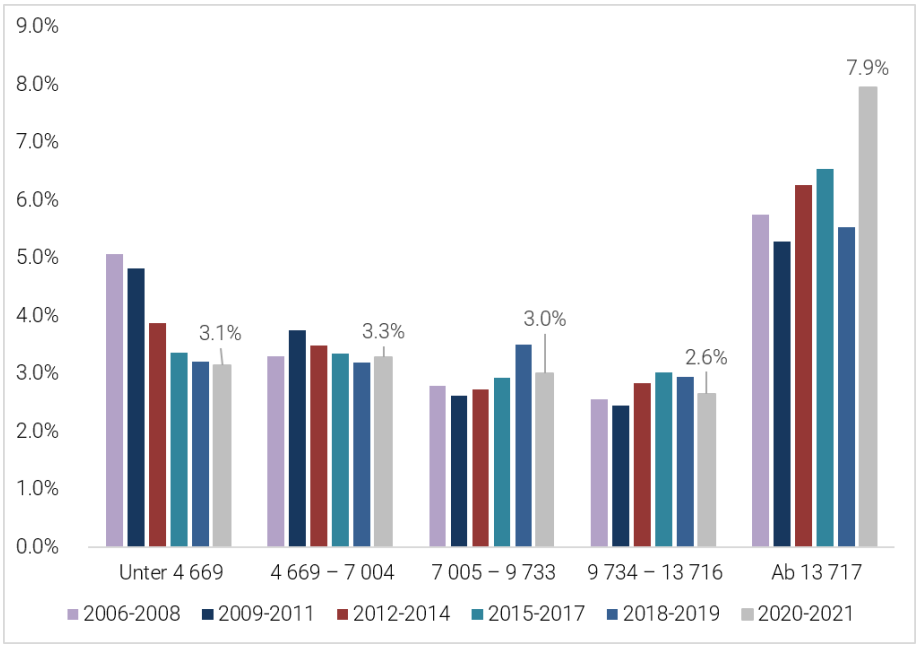
Monatliches Einkommen aus Vermögen und Vermietung nach Einkommensgruppe – 2006-2021

Bundesamt für Statistik, Haushaltsbudgeterhebung, Betrag in Franken



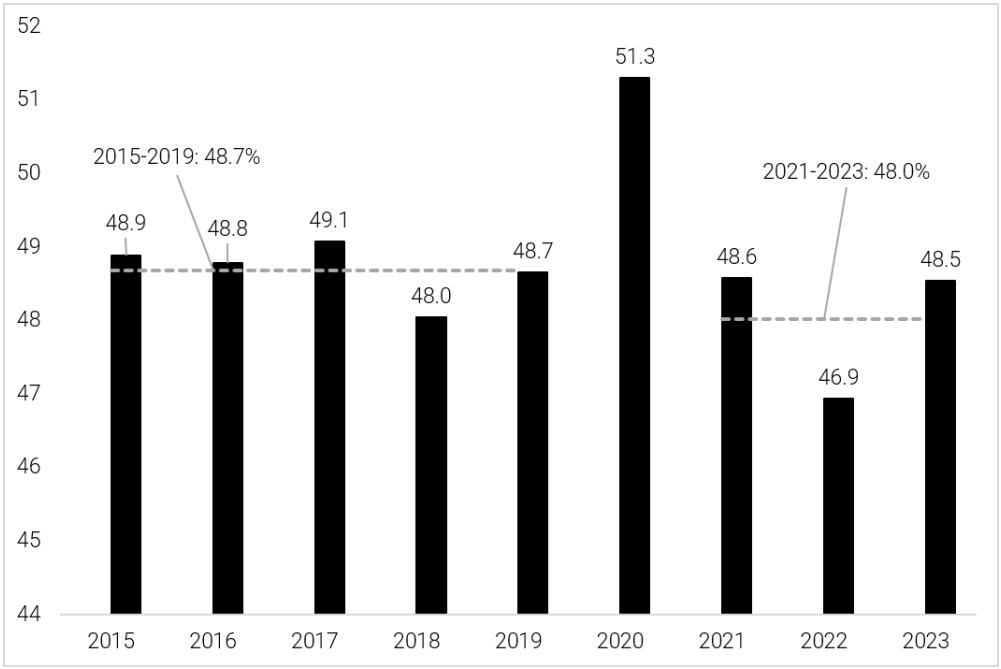
Monatliches Einkommen aus Vermögen und Vermietung nach Einkommensgruppe – 2006-2021

Bundesamt für Statistik, Haushaltsbudgeterhebung, in Prozent des gesamten Einkommens



In den Zahlen zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zeigt sich allerdings überraschenderweise bisher keine solche Entwicklung. Verwendet man allerdings die gesamten AHV-versicherten Lohneinkommen und vergleicht sie mit der gesamten Wertschöpfung aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so zeigt sich zwischen 2015 und 2023 trotz der kurzfristigen starken Zunahmen im Pandemie-Jahr 2020 ein tendenzieller Rückgang der Arbeitseinkommen an der gesamten Wertschöpfung (rote Linie).

Anteil der Arbeitnehmendeneinkommen an der gesamten Wertschöpfung
Bundesamt für Sozialversicherungen (Summe der AHV-Einkommen von Arbeitnehmenden), Staatssekretariat für Wirtschaft (nominales Bruttoinlandprodukt), Anteil der Arbeitnehmendeneinkommen an der Wertschöpfung in Prozent 2015-2023



Ungleiche Lohnerhöhungen: Arbeitnehmende aus dem unteren Mittelstand kommen am schlechtesten weg

Die Entwicklung der nominellen Lohnzuwächse kann mit den Daten aus der schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) nach Lohngruppen ausgewertet werden. Dabei bezeichnet P10 die tiefste Einkommensgruppe und P90 die höchste Einkommensgruppe. Der mittlere Lohn in der Lohngruppe P10 betrug 2024 4'635 Franken pro Monat, in der Einkommensgruppe P90 hingegen 12'526 Franken pro Monat. Die Gruppe P50 entspricht dem Zentralwert (Median). Die Hälfte der Arbeitnehmenden verdient mehr als diesen Lohn, die andere Hälfte verdient weniger.

Je nach Zeitraum konnten unterschiedliche Lohngruppen unterschiedlich vom nominalen Lohnwachstum profitieren. Im Zeitraum zwischen 2016 und 2024 wuchsen beispielsweise die Löhne in der Gruppe mit den höchsten Löhnen (P90) um 9,82 Prozent. Im Zeitraum zwischen 2018 und 2024 wuchsen hingegen die Löhne in der tiefsten Lohngruppe mit 7,74 Prozent am stärksten.

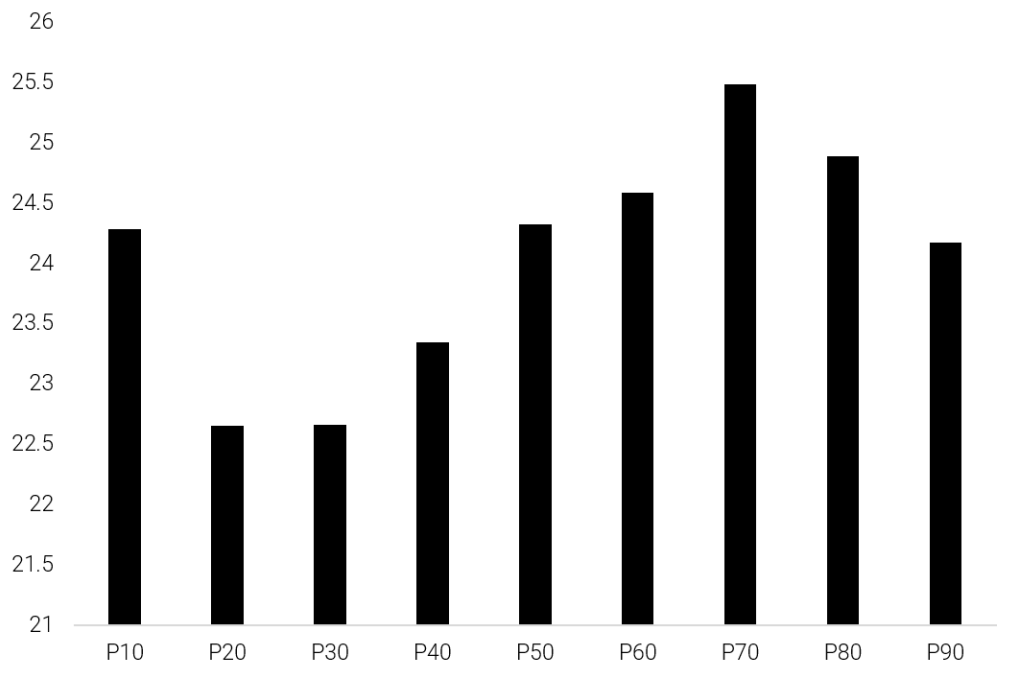
Die jeweils tiefsten vier Zuwächse pro Zeitraum sind in der Tabelle rot gekennzeichnet, die vier höchsten Zuwächse pro Zeitraum grün.

Zeitraum	P10	P20	P30	P40	P50	P60	P70	P80	P90
2016-2024	7.47	7.19	7.27	7.51	8.03	8.33	8.87	9.16	9.82
2018-2024	7.74	7.28	7.23	7.29	7.43	7.42	7.56	7.27	7.08
2020-2024	5.77	5.17	5.19	5.26	5.39	5.49	5.5	5.09	4.42
2022-2024	3.30	3.01	2.96	3.28	3.48	3.35	3.56	3.36	2.86
Summe	24.3	22.6	22.7	23.3	24.3	24.6	25.5	24.9	24.2

Beispiel: Zwischen 2016 und 2024 stiegen die nominalen Monatslöhne in der tiefsten Lohngruppe (P10) um insgesamt 7,47%. In der höchsten Lohngruppe (P90) stiegen die nominalen Monatslöhne im gleichen Zeitraum um 9,82 Prozent.

Zur Veranschaulichung können die jeweiligen Zuwächse über die Jahre summiert und grafisch dargestellt werden. Dadurch zeigt sich ein klares Bild der Gruppen, die unabhängig vom Zeitraum seit 2016 die tiefsten Lohnzuwächse erhalten hat. Es handelt sich dabei um Arbeitnehmende mit mittelständischen Löhnen unterhalb des Medians (P50). Sie liegen etwa zwischen 5'000 und 7'000 Franken pro Monat berechnet auf eine Vollzeitstelle.

Prozentualer Lohnzuwachs 2016-2024 unabhängig von der Betrachtungsperiode
Bundesamt für Statistik, Lohnstrukturerhebung (LSE), Summe der prozentualen Zuwächse



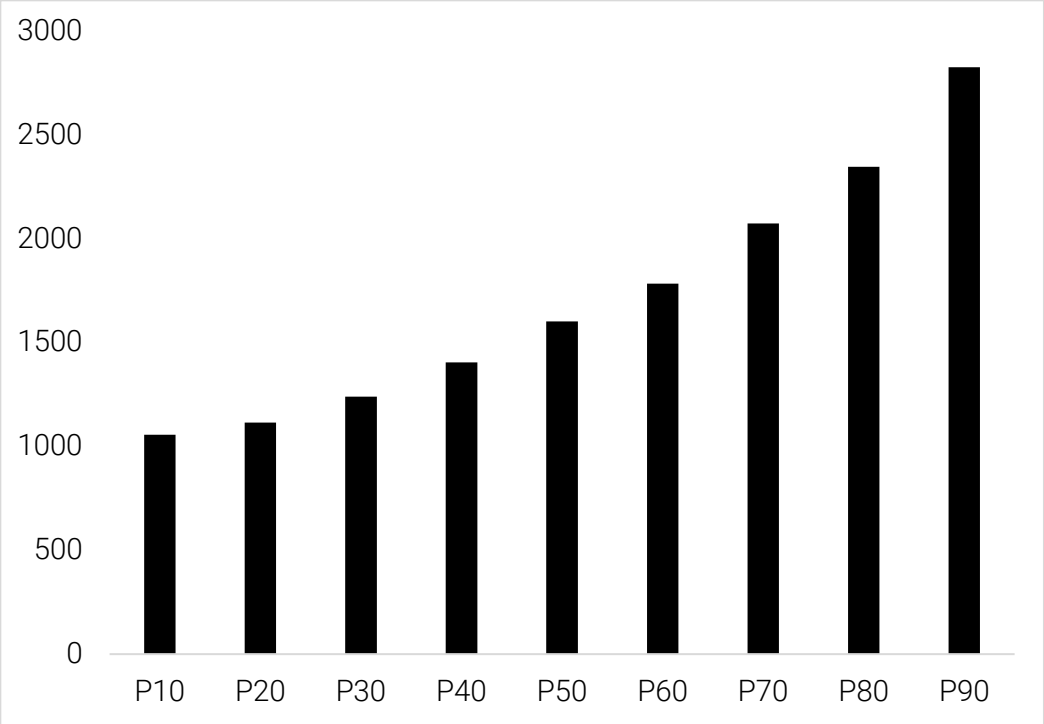
Neben prozentualen Zuwächsen können auch Veränderungen der Frankenbeträge berücksichtigt werden. Dadurch zeigt sich, dass in allen Zeiträumen die Lohnzuwächse in Frankenbeträgen immer umso höher waren, je höher der Lohn bereits war. Der Gruppe mit den höchsten Löhnen wurde beispielsweise zwischen 2016 und 2024 ein Zuwachs des Monatslohnes um 1'120 Franken zugestanden. In der Gruppe mit den tiefsten Löhnen stiegen die Monatslöhne im gleichen Zeitraum um 322 Franken.

Zeitraum	P10	P20	P30	P40	P50	P60	P70	P80	P90
2016-2024	322	351	394	447	522	596	709	847	1120
2018-2024	333	355	392	435	486	535	612	684	828
2020-2024	253	257	287	320	359	403	454	489	530
2022-2024	148	153	167	203	236	251	299	328	348
Summe	1056	1116	1240	1405	1603	1785	2074	2348	2826

Beispiel: Zwischen 2016 und 2024 stiegen die nominalen Monatslöhne in der tiefsten Lohngruppe (P10) um insgesamt 322 Franken. In der höchsten Lohngruppe (P90) stiegen die nominalen Monatslöhne im gleichen Zeitraum um 1'120 Franken.

Zur Veranschaulichung können die jeweiligen Zuwächse der absoluten Frankenbeträge über die Jahre summiert und grafisch dargestellt werden.

Summierter absoluter Lohnzuwachs 2016-2024 unabhängig von der Betrachtungsperiode
Bundesamt für Statistik, Lohnstrukturerhebung (LSE), Summe des Wachstums der Frankenbeträge



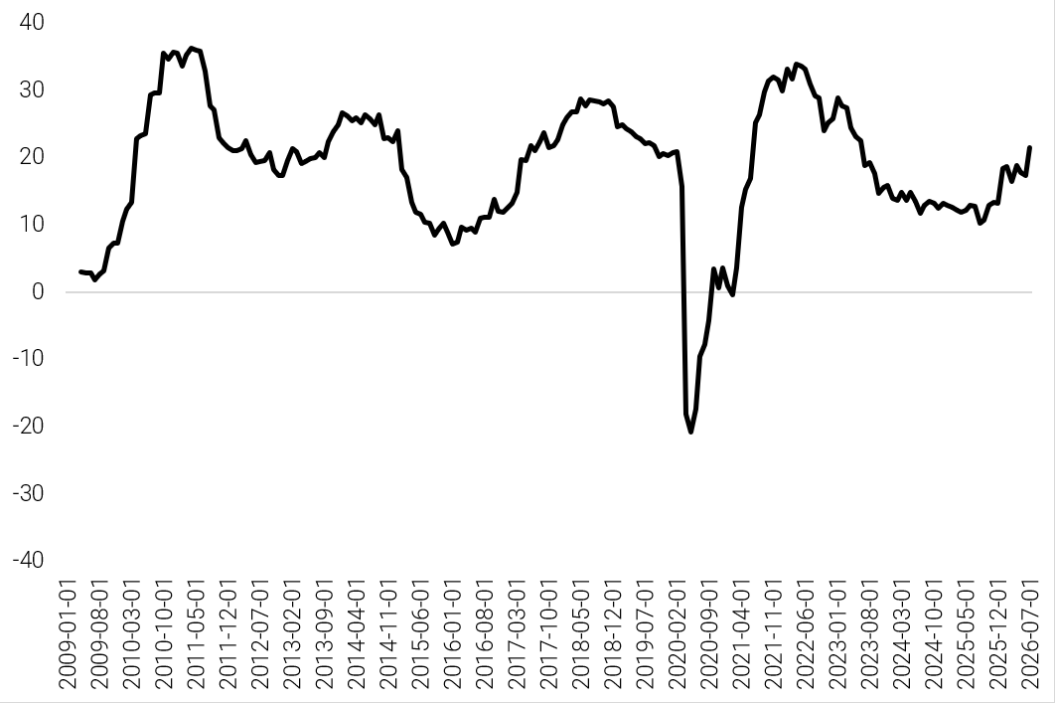
Anziehende Konjunktur: trotz Unsicherheit beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum rasch

Trotz geopolitischen Unsicherheiten befindet sich die Schweizer Wirtschaft in einem breit abgestützten konjunkturellen Aufschwung. Dies zeigen verschiedene aktuelle Konjunkturindikatoren. Der Aufschwung zeigt sich in praktisch allen Branchen vom Baugewerbe, über die Industrie bis hin zu den Dienstleistungsunternehmen.

Nach dem letzten Aufschwung hatten viele Arbeitnehmende weniger Geld in den Taschen als zuvor. Die Produktivitätsgewinne sind nie bei ihnen angekommen. Nun braucht es einen anhaltenden Lohn-Aufschwung für alle Arbeitnehmenden.

Geschäftslagenindikator für alle Branchen

KOF Institut, aktuelle Geschäftslage, Januar 2009-Juli 2026



Fazit: Jetzt braucht es einen Lohn-Aufschwung für alle Arbeitnehmenden

Die Reallöhne haben sich nach einer historischen Krise in den Jahren 2024 und 2025 zunehmend erholt. In diesem Jahr dürften sie aufgrund der wieder stärker steigenden Preise allerdings erneut praktisch stagnieren.

Seit zehn Jahren bewegen sich die Reallöhne somit kaum aufwärts. Aufgrund der stark steigenden Krankenkassenprämien haben Arbeitnehmende sogar immer weniger Geld in der Tasche. Die Konsumentenstimmung ist dadurch anhaltend schlecht und die meisten Arbeitnehmenden wollen keine grösseren Anschaffungen machen. Dadurch wird die Wirtschaft gebremst. Zudem weisen immer mehr Arbeitnehmende Schwierigkeiten bei der Begleichung ihrer laufenden Rechnungen auf oder müssen sich einschränken, etwa indem sie darauf verzichten, mit Familie oder Freunden essen zu gehen oder kostenpflichtige Freizeitaktivitäten beschränken.

Ursache dafür ist nicht eine wirtschaftliche Krise. Die Produktivität ist in den letzten zehn Jahren eindrücklich und stärker gestiegen als in den Jahren nach der Finanzkrise. Diese Produktivitätsgewinne kommen aber nicht mehr bei den Arbeitnehmenden an. Insbesondere Arbeitnehmende mit tieferen mittleren Löhnen verzeichneten seit 2016 die schwächsten Zuwächse. In Frankenbeträgen konnten vor allem Arbeitnehmende mit bereits höheren Löhnen auch höhere Lohnzuwächse verzeichnen. Höhere Einnahmen verzeichnen auch Personen mit bedeutenden Vermögen. Ihre Aktien und Immobilien führen zu immer höheren Einkommen.

Diese Entwicklung schadet nicht nur den Arbeitnehmenden, sondern auch der Wirtschaft und der Gesellschaft. Es sind die Arbeitnehmenden, die mit ihrer Arbeit Wert schaffen und dafür Anerkennung verdienen. Zu dieser Anerkennung gehört auch ein angemessener Anteil an der Wertschöpfung und an den Produktivitätsgewinnen. Dafür braucht es endlich spürbare Reallohnerhöhungen und einen anhaltenden Lohnaufschwung.